

Bundesverband Briefdienste e. V. | Karmeliterweg 9 | 13465 Berlin

Herrn Peter Altmaier, MdB
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

Berlin, 23. September 2020

Postgesetz-Novelle

Sehr geehrter Herr Minister Altmaier,

mit Ihrer Ankündigung: „Wir wollen die Verbraucherrechte stärken und die Qualität von Postdienstleistungen verbessern“, hatten Sie am 1. August 2019 Eckpunkte für ein zukünftiges Postgesetz vorgestellt. Im Anschluss wurden die Reformvorschläge in einer Anhörung Ihres Ministeriums, im Beirat der Bundesnetzagentur und bei anderen Veranstaltungen diskutiert und bei aller Kritik in Detailpunkten im Grundsatz begrüßt und nach über 20 Jahren seit der Gesetzesverabschiedung als dringlich bewertet.

Im Internetauftritt Ihres Ministeriums vom 20. April 2020 wird die Postgesetz-Novelle weiterhin als wichtiges Gesetzgebungsvorhaben dargestellt, das allerdings wegen der prioritären gesetzgeberischen Aufgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen zunächst verschoben werden muss.

Nach Auffassung der unterzeichnenden Verbände sollten die schon weit fortgeschrittenen, gesetzgeberischen Vorbereitungen nun abgeschlossen und im Herbst zum Kabinettsbeschluss und zur parlamentarischen Beratung gebracht werden.

Bei einer Veranstaltung mit Vertretern aus der Industrie, aus Gewerkschaften und der Wissenschaft am 24. Juni 2020 haben Sie sehr zu Recht betont, dass es nicht ausreicht, mit Milliardenprogrammen die Wirtschaft wieder anzuschieben. Vielmehr bedürfe es zentraler Strukturreformen, um „eine wirtschaftliche Erholung und stabiles Wachstum auch langfristig sicherzustellen“.

Mit der angestrebten Postgesetz-Novelle würden Sie durch mehr Chancengleichheit im Brief- und Paketbereich hohe Investitionen und zusätzliche Arbeitsplätze gerade in den Qualifikationsbereichen sicherstellen, in denen die Corona-bedingte Wirtschaftskrise besonders viele Menschen in die Arbeitslosigkeit getrieben hat. Zugleich sichert ein funktionierender, starker Wettbewerb hohe Qualität und verbraucherfreundliche Dienstleistungen in der Brief- und Paketbranche.

Die Postgesetz-Novelle wäre auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des durch die Corona-Krise erheblich betroffenen Verlagswesens. Viele Zeitungsverlage nutzen inzwischen ihre Zustellsysteme zusätzlich für die Verteilung von Briefen und Warensendungen und erwirtschaften so Deckungsbeiträge für die Aufrechterhaltung des Abonentensystems. Die Postgesetz-Novelle würde helfen, diese alternativen Briefdienste in ihrer Markt- und Ertragsposition zu unterstützen.

Sowohl private Verbraucher als auch gewerbliche Versender von Briefen und Paketen würden von faireren Rahmenbedingungen für alle Anbieter profitieren. Gerade in Zeiten steigender Nachfrage nach Leistungen der Postlogistik schützt intensiver Wettbewerb vor Leistungsengpässen und unangemessenen Preisforderungen, wie sie in monopolistischen Strukturen auftreten. Nicht zuletzt würden auch die krisenbedingt stark beanspruchten Öffentlichen Haushalte profitieren, wenn sie bei Ausschreibungen von Postdienstleistungen mit konkurrierenden Angeboten mehrerer leistungsfähiger Unternehmen rechnen könnten.

Auch Ihr Vorhaben, durch erleichterte Beschwerdeverfahren und verpflichtende Schlichtungen mehr Rechte für Verbraucher durchzusetzen, hat nichts an Aktualität verloren. Anfang Juli dieses Jahres hat die Bundesnetzagentur gemeldet, dass die Beschwerden über die Post auch im 1. Halbjahr 2020 weiter deutlich zugenommen haben. Mit der geplanten Novelle des Postgesetzes hätten die Verbraucher gegenüber den Postunternehmen deutlich bessere Beschwerdemöglichkeiten und die Qualität des Universaldienstes würde im Interesse der Allgemeinheit deutlich zunehmen. Nicht zuletzt zeigt die erstmalige End-to-End-Laufzeitmessung des DVPT, in der über ein ganzes Jahr die Laufzeit von Geschäftsbriefen im Netz der DPAG gemessen wurde, dass im gesamten Netz über alle Dienstleister Reformbedarf besteht.

Sehr geehrter Herr Minister Altmaier,

die unterzeichnenden Verbände haben großes Verständnis dafür, dass in diesem Frühjahr zunächst andere Gesetzgebungsvorhaben prioritär waren. Aber auch die geplante Postgesetz-Novelle kann Wachstumskräfte freisetzen und Arbeitsplätze zusätzlich schaffen, auf die wir dringend angewiesen sind. Die Unternehmen in der Brief- und Paketbranche haben in der Krise ihre Leistungsfähigkeit und Verlässlichkeit unter Beweis gestellt.

Jetzt bitten wir Sie dringend, als Verbände der Leistungsanbieter als auch der Nutzer von Postdienstleistungen, die von Ihnen zu Recht im letzten Jahr in Angriff genommene Reform zu vollenden und damit nachhaltiges Wachstum in dieser wichtigen Branche zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Walther Otremba, Vorsitzender des Bundesverband Briefdienste e. V. (bbd)



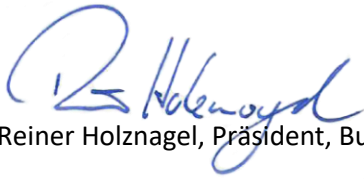
RA Marten Bosselmann, Vorsitzender des Bundesverband Paket und Expresslogistik e. V. (BIEK)



Klaus Gettwart, Vorstand, Deutscher Verband für Post, Informationstechnologie und
Telekommunikation e. V. (DVPT)



Christian Eggert (Syndikusrechtsanwalt), Leiter Verlagswirtschaft
BDZV - Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger e.V.



Reiner Holznagel, Präsident, Bund der Steuerzahler Deutschland e. V.